

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann

Abg. Martin Böhm

Abg. Andreas Kaufmann

Abg. Ursula Sowa

Abg. Martin Behringer

Abg. Andreas Jurca

Abg. Sabine Gross

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 6** auf:

**Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Christoph Maier, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)**

**Keine weitere Wohnkostenbelastung - EU-Gebäuderichtlinie stoppen!**

**(Drs. 19/547)**

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 29 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. – Als erstem Redner erteile ich dem Kollegen Böhm das Wort.

(Beifall bei der AfD)

**Martin Böhm (AfD):** Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die unselige Gebäuderichtlinie ist bereits auf dem Weg. Dennoch ist es wichtig und richtig, dieses Thema heute nochmals aufs Tapet zu bringen. Warum? – Es ist eben eine Richtlinie und keine Verordnung. Die Bundesregierung hat genau zwei Jahre Zeit, daraus nationales Recht zu formen. Zu erwarten ist, dass die grünen "Klima-Apologet:innen" der Ampel-Abriss-Truppe dabei aufs Tempo drücken, um zu den schrillen Tönen ihres eigenen Abgesangs der deutschen Wirtschaft noch einen weiteren Stich ins Herz zu versetzen.

Aufgeklärte Nachbarstaaten konnten verhindern, dass alle europäischen Wohngebäude mittels Richtlinie sofort von der Wucht des grünen Wahnsinns getroffen werden. Allerdings scheint es bereits ausgemacht, dass kurz vor dem Abschalten der Ampel in Berlin den deutschen Hausbesitzern im Zuge der Umsetzung dieser Richtlinie, über die wir jetzt debattieren, die grüne Schlinge noch enger um den Hals gezogen wird. Richtig heftig wird es für unsere Kommunen und für unsere Industrie.

(Unruhe)

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Entschuldigen Sie, Herr Kollege, ganz kurz. – Die Geräuschkulisse ist etwas laut. Bitte etwas mehr Ruhe hier im Hohen Haus! Danke.

**Martin Böhm (AfD):** Richtig heftig wird es für unsere Kommunen und für unsere Industrie. Bis 2033 sollen 26 % von deren Gebäudebestand mit dem schlechtesten Energieprofil saniert werden. Teile der Industrie werden als Ausweg die Möglichkeit nutzen, Kapazitäten zu verlagern und Arbeitsplätze abzubauen. Ein Stichwort dazu: 150 Milliarden Euro jährlicher Negativsaldo bei Direktinvestitionen.

(Beifall bei der AfD)

Diese Möglichkeit hat die öffentliche Hand natürlich nicht. Unsere klammen und geplagten Kommunen müssen weiter zittern. 26 % der Gebäude zu sanieren, das bedeutet, dass jede vierte Schule, jedes vierte Rathaus, jeder vierte Kindergarten, jedes vierte Verwaltungsgebäude und jedes vierte Krankenhaus energetisch saniert werden müssen, und das innerhalb von nur neun Jahren. Die Baupreisinflation wird mit linksgrünem Federstrich zur Nebensache erklärt. An Fachkräften haben wir eh schon einige Millionen ins Land geholt. Und die paar Hundert fehlenden Milliarden leihen wir uns einfach.

Städte und Gemeinden, aber auch genossenschaftliche, kommunale und landeseigene Wohnungsbaugesellschaften stehen vor schier unlösbaren Problemen. Es fehlt das Geld, es mangelt an Handwerkern, und mindestens genauso fatal ist es, dass den Entscheidern in den Institutionen mittlerweile die allerletzte Motivation verloren geht. Über das Vehikel, anstelle des Sekundärverbrauchs den Primärenergieverbrauch zugrunde zu legen, hätte die Bundesregierung die Möglichkeit, die Richtlinie zumindest etwas bürgerfreundlicher umzusetzen. Trauen Sie das der grüngesteuerten Ampel-Abriß-Truppe zu? – Wir nicht. Nur wir, die Alternative für Deutschland, sind in der Lage, innerhalb einer starken ID-Fraktion im Europäischen Parlament dem grünen Irrsinn Grenzen aufzuzeigen.

(Beifall bei der AfD)

Nur eine konservative Mehrheit rechts der Mitte wird überhaupt willens sein, sich gegen solche Richtlinien zu wehren und Politik für die Kommunen und für die Wirtschaft durchzusetzen. Reißen Sie die Brandmauern in Ihren Köpfen ein, Herr Hofmann und liebe Kollegen der CSU. Dann klappt es auch auf Bundesebene wieder mit dem Vertrauen unserer Bürger. In der jetzigen Konstellation ist Ihr Einfluss verschwindend. Und die "Kolleg:innen" ganz links des demokratischen Spektrums lachen sich eins angesichts der Zwickmühle, in die Sie sich selbst und vollkommen ohne Not gebracht haben. Gehen Sie heute den ersten Schritt und stimmen Sie unserem Antrag zu. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der AfD)

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Nächster Redner für die CSU-Fraktion ist der Kollege Andreas Kaufmann.

**Andreas Kaufmann (CSU):** Sehr geehrter Herr Vizepräsident, werte Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Als mein Großvater im Jahr 2015 starb, hat er mir seine Anteile an der Skiliftgesellschaft in meiner Heimatgemeinde vererbt. Keine Panik, wir fahren ausschließlich auf Naturschnee.

(Beifall der Abgeordneten Gülseren Demirel (GRÜNE))

Wir sind keinesfalls gewinnorientiert, wir sind eher ein bunter Haufen von Skiidealist:innen. Ich habe dort in den frühen 1980er-Jahren das Skifahren erlernt. In den Büchern stehen dort Seasons mit bis zu 90 Skitagen. In der diesjährigen Saison, 2023/2024, stehen dort genau drei Skitage. In den vergangenen 15 Jahren waren es nie mehr als drei Wochen, eher weniger.

Es verändert sich etwas, definitiv von Menschenhand gemacht. Ich kann jetzt schon sagen, dass unsere Kinder die Welt nicht mehr so vorfinden werden, wie wir sie vorgefunden haben. Daher ist es natürlich klar, dass wir nicht so verschwenderisch leben

können wie früher, dass wir nicht so bauen können wie in diesen 1980er-Jahren und auch nicht so Politik machen können wie in Zeiten der Weimarer Republik, was so manchem hier im Haus als Zukunftsperspektive dient.

Ebenso wenig können wir mit der großen Käseglocke über alle Gebäude in der EU einen Sanierungszwang verordnen, der die Bürgerinnen und Bürger in der EU ohne intelligentes Förderprogramm und ohne pragmatische Lösungen in wirtschaftliche Sackgassen führt oder gar enteignet.

Auch bei Neubauten ist eine zukunftsgerichtete Bauweise zwar unbedingt notwendig, jedoch ist aktuell ein KfW-40-Standard für Familien und Kommunen ohne jegliches Förderprogramm nicht darstellbar.

So war es die Bayerische Staatsregierung, die von Anfang an die EPBD, die Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden, kritisch für ihre Bürgerinnen und Bürger bewertet hat. So war es uns von Beginn an wichtig, überzogene Vorhaben oder gar einen Sanierungszwang zu verhindern. Viele Regionen in der EU taten es der Bayerischen Staatsregierung um den zuständigen Staatsminister Christian Bernreiter gleich und sahen diesen Teil im Green Deal als zu heftig und einschneidend an. Am Ende hat sich glücklicherweise auch der Bund gegen einen Sanierungszwang eingesetzt.

Die Kommission hat dadurch ihr Ziel aufgegeben, die Einsparziele der EPBD bei bestehenden Wohngebäuden über verbindliche, gebäudescharfe Mindestenergiestandards zu erreichen, was einem Sanierungszwang gleichgekommen wäre. Das EU-Rechtsetzungsverfahren ist inhaltlich abgeschlossen.

Bei der Umsetzung in Deutschland ist eine sozialverträgliche Ausgestaltung entscheidend, die auf Anreize statt Zwang setzt. Die eigene Immobilie als Altersvorsorge darf nicht infrage gestellt werden. Die Staatsregierung und die Koalition haben bisher schon alle Möglichkeiten genutzt, auch mit Anträgen im Bundesrat. Gerade dort wer-

den wir uns auch weiterhin für pragmatische energetische Ziele und Umsetzungsinstrumente einsetzen.

Sie sehen, wir handeln hier schon lange. Wir haben dazu auch am 17.04.2024 einen differenzierten eigenen Antrag eingebracht, der in diesem Haus auch angenommen wurde. Eine gesonderte Aufforderung der Staatsregierung ist überflüssig und redundant. Wie auch schon im Ausschuss werden wir den Antrag ablehnen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Die nächste Rednerin ist Ursula Sowa für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte.

**Ursula Sowa (GRÜNE):** Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die EU-Gebäudeenergieeffizienzrichtlinie hatten wir bereits vor einigen Wochen hier im Plenum diskutiert. Nun meint die AfD, das Thema noch einmal hochziehen zu müssen, mit einem Antrag, der kontraproduktiver nicht sein könnte.

Ich möchte noch einmal daran erinnern – denn man kann es gar nicht oft genug betonen –, dass der Gebäudesektor für rund ein Drittel der deutschen und europäischen Treibhausgasemissionen verantwortlich ist. Wenn man also Treibhausgase einsparen kann, dann in diesem Sektor. Jetzt gibt es auf europäischer Ebene eine Zielvorgabe, wie wir das erreichen können. Das ist eine sehr gute Nachricht.

Mit der EU-Gebäuderichtlinie haben sich die Mitgliedstaaten nämlich endlich – das war ein schwieriger Prozess, das räume ich ein – darauf verständigt, in den kommenden zwei Jahren Maßnahmen zu ergreifen, die dann wiederum bis 2030 greifen. Das ist ein erster Schritt, und es ist unter einer Selbstbeteiligung möglich, diese Schritte selber zu bestimmen.

Der zweite Schritt ist dann, dass die Gebäude bis Mitte des Jahrhunderts überhaupt keine klimaschädlichen Emissionen mehr verursachen sollen. Das ist also ein sehr langer Zeitraum, um zu diesem Nullpunkt zu kommen. Die Richtlinie – und das möchte

ich in meinen Ausführungen wirklich noch mal ganz stark betonen – ist damit ein immens wichtiger Schritt für den Klimaschutz.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nicht nur für den Klimaschutz, sie ist auch ein entscheidender Beitrag hin zur Senkung der Energierechnungen unserer Bürgerinnen und Bürger; denn effiziente Gebäude schützen natürlich vor explodierenden Energierechnungen und schonen den Geldbeutel der Verbraucherinnen und Verbraucher. Unsere grünen Kollegen in Brüssel haben zudem – und das ist auch eine sehr gute Nachricht – große Summen an EU-Förderung lockergemacht, damit der Weg zu einem klimaneutralen Gebäudebestand sozial ausgewogen stattfinden kann.

Wir GRÜNE setzen uns daher für eine ambitionierte Umsetzung der Richtlinie in Deutschland ein, damit alle ein warmes, gut gedämmtes und bezahlbares Zuhause haben. Mit Ihrem Antrag werden Sie nur das Gegenteil bewirken. Wollen Sie wirklich, dass unsere Bürgerinnen und Bürger weiter in diesen schlecht gedämmten Häusern sitzen und hohe Energiekosten haben? Statt Wege aufzuzeigen, blockieren Sie wieder nur und haben keine Lösungen.

Außerdem fördern effiziente Gebäude entgegen Ihrer Behauptung die Konjunktur der Baubranche. Es gibt zahlreiche Studien, die die EU-Richtlinie als den so dringend notwendigen Booster für die Bauwirtschaft sehen – ein Wort, das auch unser Bauminister so gern verwendet. Mit einer klugen Umsetzung der Richtlinie können wir also Arbeitsplätze schaffen und den Wohlstand sichern. Mit Ihrem plumpen Antrag aber schwächen Sie nur massiv den Wirtschaftsstandort Deutschland und Bayern.

Wir GRÜNE verstehen die EU-Gebäuderichtlinie hingegen als Auftrag und Chance. Wir springen deshalb auf die Sanierungswelle auf und setzen uns für eine sozialverträgliche und ambitionierte Umsetzung ein. Damit profitieren alle, und – die Botschaft ist klar – wir lehnen Ihren Antrag ab.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Liebe Kollegin, bleiben Sie bitte am Rednerpult. Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Abgeordneten Martin Böhm vor. Bitte schön.

**Martin Böhm (AfD):** Sehr geehrte Frau Kollegin Sowa, aufgrund Ihres letzten Satzes will ich hier mal gegenhalten. Ich nehme an, die meisten Menschen leben lieber in einem schlecht gedämmten Haus als in einer Mietsbaracke, die von Ihrer Partei oder den anderen linken Fraktionen hier im Parlament im Stil der sozialistischen Bauweise errichtet wird. Das ist ja der Plan, dass man sagt: Alles gleichschalten; wir sollen alle in großen Mietskasernen leben, keiner soll mehr ein Eigenheim haben.

Aber darauf will ich jetzt gar nicht eingehen. Mir ist etwas ganz anderes viel wichtiger. Sie haben die Entwürfe der Richtlinie ja alle gelesen, Sie kennen die Richtlinie, und Sie haben meine Rede gut gehört, hoffe ich: Neun Jahre Zeit sollen es sein, neun Jahre Zeit für die Kommunen, um 26 % der öffentlichen Gebäude zu sanieren. Jetzt verraten Sie mir doch einmal, woher die speziell wegen des ganzen Migrationsdramas sowieso schon klammen Kommunen das Geld nehmen sollen, um die Gebäude zu sanieren. Wir sprechen ja jetzt nicht von Millionen. Wir sprechen allein für Bayern von Aber- und Abermilliarden. Wo sollen die Handwerker herkommen? Wie stellen Sie sich das vor? Was sind denn Ihre pragmatischen Ansätze?

(Beifall bei der AfD)

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Herr Kollege, Ihre Redezeit ist beendet.

**Ursula Sowa (GRÜNE):** Ich habe regelrecht darauf gewartet, dass Sie auch bei diesem Tagesordnungspunkt noch die Migrationsfrage einbringen. Siehe da, Sie schaffen es.

(Martin Böhm (AfD): Deswegen sind die Kommunen ja klamm! Weswegen denn sonst?)

Wissen Sie eigentlich, wie im Moment die Sanierungsrate von älteren Gebäuden ist? – Sie beträgt 1 % bis 1,5 %. Mit dieser Rechnung geht einher, dass man nur diese Sanierungsrate verdoppeln wird; das ist eine zumutbare Aufgabe. Wissen Sie, wer sich darüber freuen wird? – Die Baubranche. Die ist nämlich notwendig, um diese Aufträge auszuführen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Martin Böhm (AfD): Es fehlen ja die Handwerker!)

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Der nächste Redner ist der Kollege Martin Behringer für die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Bitte schön.

**Martin Behringer (FREIE WÄHLER):** Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Aufgrund der bereits erfolgten Billigung der EU-Richtlinie durch das EU-Parlament am 12. März und durch die EU-Mitgliedstaaten am 12. April wurde bereits ein inhaltlicher Abschluss in der Gesetzgebung erreicht. Mir erscheint die Forderung der AfD, eine Zustimmung zur Einigung im Europäischen Parlament und im Rat der Mitgliedstaaten zu verhindern, nicht nur überholt, sondern geradezu überflüssig. Es ist schon sehr bemerkenswert, dass die AfD in ihrem Europawahlprogramm das Ziel einer emissionsfreien Umgestaltung des kompletten Gebäudebestandes in der EU als unrealistisch ablehnt. Stattdessen befürworten Sie den Wiedereinstieg in die Kernkraft,

(Zuruf von der AfD: Jawohl!)

lehnen die Windenergie ab und möchten wieder verstärkt russisches Gas aus den Nord-Stream-Pipelines beziehen. Diese Positionen werfen viele Fragen auf. Es stellt sich für mich insbesondere die Frage, ob die AfD-Fraktion bei der Formulierung des Antrags möglicherweise Unterstützung aus Moskau erhalten hat.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Lachen der Abgeordneten Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER))

Es ist auffällig, dass einige AfD-Mitglieder und insbesondere ein AfD-Fraktionsmitarbeiter als sehr russlandnah gelten, wie in einem BR-Bericht vom 30.03.2024 zu lesen ist. Dieser Mitarbeiter verfasst regelmäßig Papiere über die Wichtigkeit russischer Energieexporte. Wenn AfD-Fraktionsmitglieder immer wieder die Bedeutung russischer Energieexporte betonen und sogar im Landtag zitieren, müssen wir uns fragen, ob hier denn nicht eigene Interessen über das Wohl unserer Gesellschaft gestellt werden.

Besonders alarmierend ist die Tatsache, dass gegen den EU-Spitzenkandidaten der AfD, Maximilian Krah, ein Vorermittlungsverfahren wegen der möglichen Annahme von Zahlungen aus Russland läuft. Auch dokumentierte Geldübergaben aus russischen Quellen an andere Mitglieder der AfD werfen ein schlechtes Licht auf die gesamte Partei. Man könnte den Eindruck gewinnen, dass die Kritik der AfD an den EU-Sanierungsregeln vor allem darauf abzielt, Anstrengungen für mehr Energieeffizienz zu verhindern, um Deutschland bzw. Bayern wieder in die Abhängigkeit von russischen Gaslieferungen zu führen.

Ja, auch wir sehen die Sanierungspflichten kritisch und warnen vor einer Überforderung unserer Gesellschaft. Aber im Unterschied zur AfD stehen wir zu den Klimazielen und den notwendigen Maßnahmen.

Meine Damen und Herren, die FREIEN WÄHLER bekennen sich zum menschengemachten Klimawandel und sind sich der Verantwortung bewusst, die Europa, Deutschland und auch Bayern tragen. Dennoch setzen wir auf die Schaffung von Anreizen anstelle von Zwang. Es ist von entscheidender Bedeutung, die richtigen Instrumente zur Umsetzung zu wählen und alle Bürgerinnen und Bürger mitzunehmen. Zudem möchte ich betonen, dass beim Klimaschutz vor allem eine globale Zusammenarbeit entscheidend ist. Unabhängig davon, wie man die historische Verantwortung des Westens interpretiert – wie sie in den Pariser Klimazielen deutlich zum Ausdruck kommt –, ist jetzt letztendlich entscheidend, CO<sub>2</sub>-Emissionen weltweit zu reduzieren; denn für das CO<sub>2</sub> spielt es keine Rolle, wo es ausgestoßen wird.

Insgesamt sollten wir uns bewusst sein, dass die Energiewende eine der größten Herausforderungen unserer Zeit darstellt. Es ist dringend erforderlich, Maßnahmen zu ergreifen, um unseren Planeten zu schützen und eine lebenswerte Zukunft zu sichern. Wir müssen gemeinsam nachhaltige Lösungen finden, die nicht nur die Umwelt schützen, sondern auch unsere Energieunabhängigkeit stärken und die Wirtschaft fördern. Es ist kontraproduktiv, lediglich Widerstand zu leisten, wie es die AfD tut. Es ist längst an der Zeit, Ihren Widerstand gegen einen Ausbau erneuerbarer Energien – insbesondere der Windkraft – aufzugeben. Es ist unerlässlich, dass wir politische Spielchen und persönliche Interessen beiseitelassen und stattdessen konstruktiv zusammenarbeiten. Die Energiewende erfordert ein gemeinsames Engagement aller gesellschaftlichen Akteure, unabhängig von politischer Zugehörigkeit oder wirtschaftlichen Interessen.

(Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD))

Nur durch eine kooperative und zielgerichtete Zusammenarbeit können wir die Herausforderungen bewältigen, vor denen wir stehen. Die Zukunft unserer Kinder und Enkelkinder hängt von unseren Entscheidungen und Handlungen heute ab. Es liegt an uns allen, Verantwortung zu übernehmen und die Weichen für eine nachhaltige Zukunft richtig zu stellen. Deshalb lehnen wir diesen Antrag ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Bleiben Sie bitte kurz am Rednerpult. Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Abgeordneten Andreas Jurca vor.

**Andreas Jurca (AfD):** Werter Kollege Behringer, meine Zwischenbemerkung bezieht sich auf die immerwährenden Unterstellungen hinsichtlich der Russlandkontakte. Ich finde es schon irgendwie amüsant, dass wir anscheinend so wichtig sind und einen derartigen Einfluss auf Putin zu haben scheinen. Ich finde auch die Unterstellung, wo-

nach die Wahl in Russland ohne die AfD-Wahlbeobachtung nicht möglich gewesen wäre und die Russen ohne uns gar nicht hätten wählen können, sehr interessant.

Die Sache ist folgende: Wir sollten jetzt wirklich einmal ernsthaft und nicht so infantil reden. Wir reden von einer Konfliktlage in Europa, die sich zuspitzt. Ich finde es moralisch durchaus verwerflich, wenn wir dafür verurteilt werden, dass wir uns für Frieden einsetzen. Wir werden automatisch als Russlandknechte betitelt. Unsere Intention ist es eigentlich, deutsche bzw. bayerische Interessen zu vertreten. Was ist daran verwerflich, wenn wir günstige Energiequellen wie beispielsweise das Gas haben möchten? Das ist doch gar kein Problem. Im Übrigen war Herr Ministerpräsident Söder – soweit ich mich erinnere – das letzte Mal im Jahr 2020 in Moskau. Ich meine: War Putin damals demokratisch, ist er es jetzt nicht mehr, oder wie ist das jetzt?

(Beifall bei der AfD – Thomas Huber (CSU): Es hat sich etwas Entscheidendes verändert!)

**Martin Behringer (FREIE WÄHLER):** Es ist schwierig, darauf zu antworten, weil Sie sich die Frage eigentlich selbst beantworten könnten.

(Widerspruch bei der AfD)

Wenn man sieht, was ein Despot wie Putin mit seinem Angriffskrieg in der Ukraine anrichtet, dann fehlen mir die Worte, wenn jemand fordert, von Russland Gas zu beziehen. Das muss ich ganz ehrlich sagen. So etwas geht in keiner Weise.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU, den GRÜNEN und der SPD)

Das kann man nur verurteilen. Wenn Sie das propagieren, dann dürfen Sie sich nicht über eine entsprechende Gegenrede wundern.

Ich möchte noch zum Herrn Böhm etwas sagen: Wenn die Kommunen jetzt noch nicht saniert haben – ich war 22 Jahre lang Bürgermeister –, dann – das muss ich ganz ehr-

lich sagen – haben die Gemeinden ohnehin einen großen Fehler gemacht. Ich habe in meiner Gemeinde alle Gebäude auf den neuesten Standard gebracht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU, den GRÜNEN und der SPD – Widerspruch bei der AfD)

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Die nächste Rednerin ist die Kollegin Sabine Gross für die SPD-Fraktion. Bitte schön.

**Sabine Gross (SPD):** Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die SPD-Fraktion wird – wenig überraschend – dem Antrag der AfD-Fraktion nicht zustimmen.

(Beifall bei der SPD – Lachen bei der AfD – Zurufe von der AfD: Oh!)

– Oh! Die ersten zwei Forderungen sind ohnehin obsolet. Die Neufassung der EU-Gebäudeenergie richtlinie ist am 08.05.2024 im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht worden und tritt am 28.05.2024 in Kraft; eine Verhinderung ist nicht mehr möglich. Eine Diskriminierung deutscher Interessen ist nicht erkennbar. Die Bundesregierung hat sich im Trilog in vielen Punkten behaupten können: Zum Beispiel wird es Mindestenergiestandards für die energetisch schlechtesten Gebäude nur bei Nichtwohngebäuden geben. Bei der Erreichung der energetischen Ertüchtigung bei älteren Wohngebäuden wird es zudem auf Quartiersbetrachtung und nicht auf Einzelgebäude ankommen.

(Anna Rasehorn (SPD): Sehr gut!)

Den Mitgliedstaaten ist es aufgrund der Initiative der Bundesregierung selbst überlassen, wie sie die neuen Vorgaben zur Verbrauchsreduktion auf dem Gebäudesektor erfüllen werden. Nur Nichtwohngebäude der schlechtesten Effizienzklasse müssen saniert werden, und auch hier gibt es zahlreiche Ausnahmen. Bei Wohngebäuden sind auch andere Maßnahmen als Sanierung zur Verbrauchsreduzierung zugelassen.

Die Umsetzung der EU-Gebäudeenergie Richtlinie in nationales Recht ist nicht, wie Sie behauptet haben, bereits durch eine Novelle des Gebäudeenergiegesetzes erfolgt, sondern sie wird innerhalb der nächsten 24 Monate in nationales Recht umgesetzt werden. Die Bundesregierung wird die Interessen der Eigentümerinnen und Eigentümer sowie der Mieterinnen und Mieter genau im Auge behalten und auch eine Überforderung verhindern.

Erinnern wir uns daran, dass Bayern spätestens im Jahr 2040 klimaneutral sein wird. Die Treibhausgasemissionen sollen bis spätestens 2030 um 65 % reduziert werden. Diese Ziele wird die Bayerische Staatsregierung ohne Energieeinsparungen bei Gebäuden nicht erreichen können. In Deutschland werden 14 % der Treibhausgasemissionen durch die Nutzung und den Betrieb von Gebäuden erzeugt. 35 % der gesamten Endenergie werden durch Gebäude verbraucht. Wenn der Freistaat sein Ziel, 2040 klimaneutral zu sein, nicht aufgeben will, kommt man um die Sanierung nichtenergieeffizienter Gebäude nicht herum.

Die Bauindustrie steht der Richtlinie keineswegs so kritisch gegenüber, wie kolportiert wird. Sie verspricht sogar niedrigere Kosten bei der Sanierung, wenn zur Erreichung der Ziele ganze Quartiere saniert werden können. Im "Handelsblatt" vom 12.03.2024 konnte man lesen, dass die Bauindustrie in Bezug auf die Gebäudeenergie Richtlinie explizit davor warnt, eine Debatte über überdimensionierte Mindestziele zu führen. Dies würde Investoren abschrecken, Eigentümer verunsichern und nur dazu führen, dass die ohnehin geringe Sanierungstätigkeit noch weiter zurückgeht.

(Beifall bei der SPD)

Das deutsche Handwerk begrüßt den bei der Gebäudeenergie Richtlinie gefundenen Kompromiss im "Handwerksblatt" ausdrücklich.

Vergessen wir nicht, dass der Klimarat bereits 2023 in seinem Abschlussbericht darauf hingewiesen hat, dass wir nur noch dieses Jahrzehnt haben, um den Klimawandel in den Griff zu bekommen. Die Verbesserung der Gesamteffizienz von Gebäuden ist für

die Erreichung des Ziels Klimaneutralität von entscheidender Bedeutung, und sie bringt auch konkrete Vorteile für die Bürgerinnen und Bürger.

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Sehr geehrte Kollegin, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

**Sabine Gross (SPD):** Daher wäre es fatal, weitere Schritte in der Klimaagenda "Fit for 55" zu unterlassen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abgeordneten Martin Wagle (CSU))

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen empfiehlt die Ablehnung des Antrags.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag der AfD-Fraktion zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER, der GRÜNEN und der SPD. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.